

Gerd Medger
Räcknitzhöhe 57
01217 Dresden
0351 - 26 73 11 08
dresden@gerd-medger.de

Dresden, am 30.09.2018

Frau
Kramp-Karrenbauer
Generalsekretärin der CDU Deutschland
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
per e-Post: info@cdu.de

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

Ihre Information vom 19.9. über den Politskandal der Bundeskanzlerin habe ich erhalten. Sie nennen es „Fall Maaßen“ um von der eigentlichen Ursache abzulenken. Sie sprechen von einem Tötungsdelikt, es war aber ein brutaler Mord, ein Abschlagen eines Menschen. Wenn Fachleute, solche sind wohl der Verfassungsschutzpräsident und die Staatsanwälte, (andernfalls wären sie ja fehl am Platz) zu dem Ergebnis kommen, daß es keine Hetzjagden gegeben hat, dann ist das so. Das gilt auch für eine Frau Merkel. Desweiteren verwechseln Sie Vertrauen, daß die Bundesbehörde zum Verfassungsschutz besitzen muß, mit Kadavergehorsam.

Ihr Vokabular gefällt mir nicht. Es erinnert mich zu sehr an die DDR-Politpropaganda und den SED-Jargon. Auch erinnert mich das alles an Georg Orwell. Er schreibt in seinem Roman „1984“ „. . . die Partei verkündet, daß zwei plus zwei ergeben fünf, und das muß man glauben“. Dazu fehlt nur noch Frau Merkels „Alternativlosigkeit“.

Das Mindeste was meine Freunde und ich erwartet haben ist, daß sich Frau Merkel bei den Bürgern, welche sie beleidigt und beschuldigt hat, entschuldigt. Ein Rücktritt wäre durchaus auch zu erwarten gewesen. Es ist sicherlich einmalig in der Welt, daß ein Staatsoberhaupt sein eigenes Volk derartig beschimpft. Ich kann da nur sagen: „Pfui!“

Dann wäre eben die Koalition geplatzt. Die CDU hätte dann endlich gelernt zu regieren, denn bisher regiert sie nicht, sondern sie verwaltet nur den Koalitionsvertrag und sichert ihre Posten und Mandate. Sie läßt sich von der SPD und von den Grünen am Nasenring führen und erpressen.

Zur Antifa und zu den Linken, welche in Chemnitz ohne Genehmigung randaliert haben und eine ordnungsgemäß gemeldet und zugelassene Veranstaltung verhinderten sowie am Ort des Mordes, welcher mit Bluem geschmückt war, „Freudentänze“ und andere Orgien vollzogen, sagt wohl Frau Merkel nichts.

Der Staat war nicht in der Lage, bzw. er hat bewußt darauf verzichtet sein Gewaltmonopol durchzusetzen.

Ich meine die Sitzblockade von ein oder zwei Dutzend Menschen. Es war genügend Polizei im Einsatz und Wasserwerfer standen auch zur Verfügung. Wollten die Polizisten nicht oder durften sie nicht.

Der Staat hat sich geweigert das Versammlungsrecht durchzusetzen. Oder war das ein Auftrag von oben. Der Staat hat damit aufgehört zu bestehen.

Nach der allgemeinen Staatslehre und der Konvention von Montevideo hat der Staat das Gewaltmonopol an die Straße abgegeben und damit als Staat nicht mehr fungiert. Das ist Staatsversagen.

Auch die Medien, insbesondere die zwangsfinanzierten Öffentlich Rechtlichen Sender, haben sich daneben benommen sowie falsch und verzerrt berichtet. Wann zwingt Frau Merkel diese endlich zu einer neutralen Berichterstattung?

Wo waren denn die Rechtsradikalen und die Neonazis zu sehen. Sie waren nicht unter den Menschen, welche friedlich und ruhig demonstrieren wollten.

Es waren die Linken/Linksextremen, welche randaliert haben, welche unangemeldet demonstrierten, welche die anderen beschimpft und beleidigt haben sowie welche gegen den Staat Gewalt angewendet haben.

Hören Sie endlich auf, immer die Nazi-Keule zu schwingen. Das wirkt nicht mehr, weil wir wissen, daß das für Sie nur ein Rettungsanker wegen mangelnden Beweisen ist.

Weil der Staat für den Schutz seiner Bürger weder sorgen kann noch will, deshalb meint der Psychologe Maaz: "Es werden Menschen diskriminiert, die nichts tun, als zu demonstrieren." Sehen Sie das auch so?

Die „Die Welt“ meint „ . . . weil man als Deutsche durch keinen Park mehr ohne Todesangst gehen kann, weil Frauen nicht mehr durch die Straßen gehen können, ohne belästigt zu werden. Weil die Belästigungen von Frauen in Freibädern unerträglich geworden sind. Und weil hinter all dem System steckt: Merkels Masseneinwanderung seit 2015."

Wer schützt aber uns unbescholtene Bürger vor den Zugewanderte? Siehe dazu den Betrag in „Die Welt“.

Aber augenscheinlich gibt es einen Konflikt zwischen

- Regierung, systemhörigen Medien und linken Vereinigungen auf der einen Seite und
- Teilen der Bevölkerung sowie der AfD auf der anderen Seite.

Die Regierung verstärkt diesen Konflikt fortlaufend, anstatt die Beweggründe der Bürger verstehen zu wollen. Dies wäre die Pflicht einer Regierung. Auch der Bundespräsident hat in der Aufarbeitung dieser Vorkommnisse komplett versagt.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Medger